Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5482

25. 06. 76

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. Juni 1976
am Donnerstag, dem 1. Juli 1976

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß — wie im Magazin „Der Spiegel" vom 21. Juni 1976 dargestellt — der damalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium schon im Jahr 1967 Aktenvorgänge eingesehen und abgezeichnet hat, die die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und der Waffenhandelsfirma Merex betreffen, und inwieweit ist das Bundesverteidigungsministerium der Steuerfahndung bei ihren Ermittlungen behilflich gewesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

2. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen haben die Gespräche geführt, die der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit den für das Bauwesen zuständigen Länderressorts über eine Reform des Baugenehmigungsverfahrens gehabt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung die Einbeziehung der sogenannten Entwicklungsländer in die Möglichkeiten des internationalen Praktikantenaustausches, und hat sie dafür schon Regelungen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

4. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist vom Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer auch der internationale Praktikantenaustausch der deutschen Landjugend, der von der Bundesregierung finanziell gefördert wird, betroffen, und wenn ja, ist die Bundesregierung zu einer Neuregelung bereit?

5. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung derzeit die Finanzsituation der Rentenversicherungsträger, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Beurteilung?

6. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für wünschenswert, in der gesetzlichen Rentenversicherung — insbesondere für Teilzeitbeschäftigte — über den Pflichtbeitrag hinaus freiwillige Beitragsleistungen zuzulassen, die später zu höheren Rentenleistungen führen, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

7. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die haushaltsrechtlichen Vorschriften für die Deutsche Ärztegemeinschaft in Berlin, die als private Organisation ihre hervorragende Arbeit ohne Bundeszuschuß (800 000 DM im Jahr) nicht leisten könnte, zu vereinfachen, damit die Arbeitskapazität der dort Angestellten nicht immer stärker durch bürokratische Bemühungen gebunden wird und die private Initiative nicht notgedrungen erstickt?

8. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Weiß die Bundesregierung, daß die Beschränkungen, die sie der Deutschen Ärztegemeinschaft auferlegt hat, bereits zu erheblicher Beunruhigung unter den Rentnern aus Ost-Berlin geführt hat, die mit ängstlicher Sorge die Schließung der Institution zu fürchten müssen glauben, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

9. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, durch eine Änderung der gesetzlichen Regelung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall der Tatsache entgegenzuwirken, daß industriell-gewerbliche Arbeitgeber die Mitgliedschaft von Arbeitsplatzbewerbern in Vereinen der freiwilligen Feuerwehr bzw. des Roten Kreuzes oder ähnlicher Hilfsorganisationen zum Anlaß nehmen, die Bewerber zurückzuweisen, weil die Betriebe bei im Einsatz erlittenen Unfällen der Bewerber mit der Lohnfortzahlung belastet werden können?

10. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Sind der Bundesregierung Sonderregelungen in Bundesländern bekannt, die geeignet sind, das Problem der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf Grund von im allgemeinen Hilfs-, Feuerlösch- bzw. Katastropheneinsatz erlittenen Unfällen von Arbeitnehmern zugunsten der betroffenen Betriebe zu lösen, und ist sie selbst zu einer entsprechenden gesetzlichen Änderung bereit?

11. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Tarifpartnern für die Tarifrunde im Herbst 1976 den Abschluß von vermögenswirksamen Tarifverträgen zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

12. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)	Auf Grund welcher quantifizierter Feststellungen bzw. gesicherter Bedarfsdeterminanten ist die Bundesregierung zu dem Schluß gekommen, daß in weiten Teilen des Bundesgebiets ein Bettenüberhang in Krankenhäusern bestehe?
13. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung am Prinzip der kostendeckenden Pflegesätze fest?
14. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung einen Ansatzpunkt in Richtung auf eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, um krankenhausentlastende Einrichtungen zu fördern und ihre Betriebskosten sicherzustellen?
15. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Glaubt die Bundesregierung, daß dem gesetzlichen Auftrag nach Planung und Vorhaltung des bedarfsgerechten und leistungsfähigen Krankenhaussystems mit dem derzeitigen Instrumentarium auch bei Bestehen eines Bettenüberhangs nachgekommen werden kann?
16. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Kostensituation und deren Entwicklung im Bereich der Krankenhäuser nach Einführung des vollpauschalierten Pflegesatzes?
17. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)	In welchem Umfang glaubt die Bundesregierung, den Grundsatz einer notwendigen Leistungs- und Kostentransparenz bei Aufrechterhaltung des vollpauschalierten Pflegesatzes sicherstellen zu können?
18. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Welchen finanziellen Verpflichtungen aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind Bund und Länder nicht nachgekommen?
19. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	In welcher Form wird im Ausschuß für Fragen der wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser die in § 7 Abs. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zwingend vorgeschriebene Beteiligung der durch die Beratungsgegenstände Betroffenen sichergestellt?
20. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Welche Krankenhäuser in welchen Orten rechtfertigen die Aussage, „Es gibt weiterhin Anzeichen für ein mancher Orts bereits bestehendes Mißverhältnis von Kosten und Nutzung durch eine extrem hohe Ausstattung mit medizinisch-technischen Einrichtungen, die einen hohen Wartungsaufwand und eine über-

durchschnittliche Steigerung des Krankenhauspersonals zur Folge hatten und zu der Frage geführt haben, ob der humane Auftrag des Krankenhauses hier noch gesehen wird." im Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Drucksache 7/4530)?

21. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr des Verlustes von Ausbildungsplätzen an Krankenpflegeschulen nach dem 31. Dezember 1981?

22. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Krankenhausfinanzierungsgesetz in seiner derzeit gültigen Fassung geeignet ist, die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser zu erreichen, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und sozial tragbare Pflegesätze sicherzustellen, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

23. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bestimmung des Artikels 34 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur bestehende Rechtsansprüche der Krankenhausträger in Frage stellt, und wenn ja, ist dies bei der Vorbereitung des Gesetzes bedacht worden?

24. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die im Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgesehenen und zur Durchführung des Krankenhausfinanzierungsrechts unerläßlichen Verordnungen noch nicht erlassen?

25. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Um welche fehlenden Verordnungen handelt es sich im einzelnen, und wie hat sich das Fehlen dieser Verordnungen auf die Anwendung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ausgewirkt?

26. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in den vom Deutschen Ärztetag bereits 1972 in Westerland vorgeschlagenen modernen partnerschaftlichen Strukturen für den krankenhausärztlichen Dienst einen langfristigen Beitrag zur Kostendämpfung im Krankenhauswesen, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

27. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten will die Bundesregierung nutzen, um gegebenenfalls auch über das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung die Verwirklichung moderner innerer Krankenhausstrukturen, die dem Fortschritt der Medizin entsprechen, zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

28. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß — zumal bei künftig stärkerer Verkehrsbedienung der „Fläche" mit dem Omnibus — der Bau von Wetterschutzeinrichtungen (Wetterhäuschen) an Omnibusstrecken in den Leistungskatalog des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes einbezogen werden sollte, und ist die Bundesregierung — gegebenenfalls — bereit, darüber im Blick auf eine Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes mit den Bundesländern zu verhandeln?

29. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums Pläne für eine Beschränkung des Regionalverkehrsnetzes in Westmittelfranken ausgearbeitet hat, denen zufolge u. a. der gesamte Personenzugverkehr eingestellt werden soll, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Pläne für die wirtschaftliche und verkehrliche Entwicklung Westmittelfrankens von großem Schaden wären?

30. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, etwas gegen solche Anbieter von verfassungsfeindlichen, rechtsextremen Publikationen (wie sie im Bericht des Bundesverfassungsschutzes aufgeführt werden) zu unternehmen, soweit diese Druckerzeugnisse an fahrbaren und festen Kiosken in Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn an auffälliger Stelle präsentiert werden?

31. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Wagen der Deutschen Reichsbahn, die in der Bundesrepublik Deutschland verkehren, Werbeschilder angebracht sind, die folgenden Text tragen: „Berlin, Hauptstadt der DDR, grüßt seine Gäste. Besuchen Sie uns in unserem Informations- und unserem Ausstellungszentrum am Fernsehzentrum. Wir helfen Ihnen, das sozialistische Berlin kennenzulernen.", wie beurteilt sie diesen Tatbestand, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

32. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß verschiedene Direktionen der Deutschen Bundesbahn bei ihren Vorbereitungen für den Fahrplanwechsel 1976/1977 bei einzelnen Strecken bis auf einen symbolischen Zug, den gesamten Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagern wollen, und wie verträgt sich diese faktische Vorziehung der Streckenstillegung mit den Aussagen der Bundesregierung, wonach vor derartigen Entscheidungen erst die Überprüfung des gesamten Schienennetzes abgewartet werden soll?

33. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu veranlassen, daß die Fahrpreisermäßigung der Deutschen Bundesbahn für kinderreiche Familien hinsichtlich des Alters der begünstigten Kinder der Regelung in § 2 Abs. 3 Nr. 4 des Bundeskindergeldgesetzes angepaßt wird, so daß Kinder in der Berufsausbildung über die bisherige Altersgruppe von 25 Jahren hinaus die Fahrpreisermäßgiung erhalten, wenn die Ausbildung wegen Fehlens eines Studienplatzes verzögert wird?

34. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß die „Kostenordnung für Amtshandlungen der See-Berufsgenossenschaft auf dem Gebiet der Schiffssicherheit" in der Fassung vom 25. März 1974 für die Kutterfischer eine unbillige Härte darstellt und den für zahlreiche Fischer dringend notwendigen Zuerwerb durch Angelfahrten und Fahrten mit Badegästen infrage stellt, und wenn ja, ist sie bereit, die genannte Kostenordnung dahin gehend zu ändern, daß in Zukunft eine stärkere Differenzierung der Gebühren in der Größenklasse unter 200 Registertonnen (RT) erfolgt, damit die für kleine Kutter wirksame Gebührenerhöhung aus dem Jahr 1975 um das Zwanzigfache wieder auf ein vertretbares Maß zurückgeführt wird?

35. Abgeordneter **Eilers (Wilhelmshaven)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ihre Einstellungspraxis für Referendare der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung angesichts des früheren großen Mangels an qualifizierten Diplom-Ingenieuren auf eine öffentlich-rechtliche Zusage auf Einstellung nach bestandener Prüfung hinauslief, da Einstellungsverhandlungen und Merkblatt eine entsprechende Selbstbindung des Bundesverkehrsministers enthielten, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung darauf nicht in ihrer Antwort auf die Anfragen 58 und 59 des Abgeordneten Dreyer vom 7./8. April 1976 hingewiesen?

36. Abgeordneter **Eilers (Wilhelmshaven)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit ihren beamtenrechtlichen Fürsorgepflichten für vereinbar, wenn sie nunmehr die betroffenen Referendarjahrgänge auf den äußerst kostspieligen und langwierigen Rechtsweg gegen sie verweist, statt für die Einstellung der betroffenen Referendare eine haushaltsmäßige Voraussetzung zu schaffen?

37. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bei Ferngesprächen mit Teilnehmern in Ost-Berlin Auslandsgebührensätze berechnet werden, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um derartigen Verletzungen der innerdeutschen Fernmeldevereinbarungen wirksam entgegenzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

38. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Ehefrau eines Arztes, die nach dessen Flucht aus der „DDR" geheiratet hat, bei einem Besuch Ost-Berlins verhaftet wurde, ohne daß elf Tage lang die Behörden Ost-Berlins die Angehörigen oder die Behörden im freien Teil Deutschlands unterrichtet hätten, und was hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — unternommen, um die Freilassung und vor allem eine Abstellung dieser Nacht- und Nebelaktionen zu erreichen?

39. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vorliegenden Dokumentation über die Verfolgungen in der „DDR" des Kölner Publizisten Karl-Wilhelm Fricke veröffentlichen, und wenn nein, warum nicht?

40. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Angaben über die Situation in den Haftanstalten der „DDR", die der Verleger Axel Springer am 18. Juni 1976 in München gemacht hat („Welt" vom 19. Juni 1976), aus ihren eigenen Erkenntnissen bestätigen, insbesondere die Zahl von 7590 politischen Häftlingen in den Haftanstalten der „DDR" im Jahr 1975?

41. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß es im Zuchthaus Brandenburg Zellen von 22 qm (3,5 m × 7,0 m) Größe gibt, in denen 22 Menschen leben müssen, von denen einige, die die Gefängnisverwaltung unter der Bezeichnung „BS" = Bodenschläfer führt, auf einer Decke auf dem nackten Boden schlafen müssen?

42. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Erklärung des Bundeskanzlers, die Organe der DDR seien dem Ersuchen der Bundesregierung auf Freilassung der beiden im Raum Eschwege von DDR-Organen festgenommenen Beamten des Bundesgrenzschutzes „prompt gefolgt", angesichts der Tatsache, daß diese beiden Beamten mehr als drei Tage unter Bedingungen, die denen einer Kriegsgefangenschaft entsprechen, in der DDR festgehalten wurden?

43. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Sind in den vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen veröffentlichten Zahlen von in die Bundesrepublik Deutschland einreisenden DDR-Bewohnern, die noch nicht das Rentenalter erreicht haben, auch Einreisende enthalten, die als Zuschauer zu sportlichen Veranstaltungen (z. B. in Sportsonderzügen) und zu Besuchen bei der DKP und mit ihr zusammenarbeitenden Organisationen die innerdeutsche Grenze überschreiten?

44. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Treffen Meldungen zu, wonach die DDR „Regime-Kritiker ins Irrenhaus" sperren soll, sind der Bundesregierung derartige Fälle bekannt, und sieht sie gegebenenfalls Möglichkeiten, den Betroffenen zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

45. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse oder Informationen vor, wonach sich infolge von zunehmendem CO_2-Gehalt der Luft das Klima in der Welt verändert und eine zunehmende Trockenheit vorausgesagt wird, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um hier vorbeugend zu wirken, um z. B. den CO_2-Gehalt der Luft herabzusetzen?

46. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Unannehmlichkeiten (Fahrplanwirrwarr, Zeitunterschiede im Telefonverkehr, bei der Zollabfertigung, bei den Arbeitszeiten der vielen Grenzgänger) zu begegnen, die dadurch entstanden sind, daß unsere westlichen Nachbarländer die Sommerzeit wegen der damit verbundenen Energieeinsparung eingeführt haben?

47. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wann kann im Hinblick auf die lange Vorbereitungszeit frühestens mit der Einführung der Sommerzeit in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden?

48. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, nach dem Ausscheiden des derzeitigen Vizepräsidenten des Bundesamts für Zivilschutz und gleichzeitigen THW-Direktors aus seinem Amt am 31. August 1976 an der bewährten Regelung festzuhalten, daß diese beiden Dienstposten von einer einzigen Person, und zwar einem Dipl.-Ing., bekleidet werden, und welche Gründe sind für eine eventuelle Änderung dieser Regelung maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen ihrem Werbefaltblatt, worin es heißt, daß es ein Verdienst der Bundesregierung sei, wenn „Rentner oder Sozialhilfeempfänger aus ihrem Guthaben bei Geldinstituten in der DDR monatlich bis zu 200 DM beziehen" und der

Aussage im Deutschen Bundestag am 9. Juni 1976, daß „die Deutsche Bundesbank in Abstimmung mit der Bundesregierung mit Wirkung vom 1. Mai 1976 die Annahme von Transferaufträgen aus Sperrguthaben in der DDR vorübergehend hat aussetzen müssen", und wenn ja, wie erklärt sie diesen Widerspruch?

50. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Trifft es zu, daß, wie der Vorsitzende der Steuergewerkschaft, Fredersdorf, behauptet, auf Grund der personellen Unterbesetzung der Finanzämter diese bei Klein- und Kleinstbetrieben nur alle 50 bis 95 Jahre und bei Ärzten und anderen Freiberuflern nur alle 20 bis 25 Jahre eine Steuerprüfung vornehmen können und somit einen uneingetriebenen Steuerberg von ca. 22 Milliarden DM vor sich herschieben, wovon ein Drittel für den Staat als verloren angesehen werden müsse, und was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls kurzfristig gegen diesen Mißstand zu unternehmen, soweit es sich um Steuern handelt, die dem Bund zustehen?

51. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um entsprechend den Empfehlungen der IV., VI. und VIII. Vollversammlung der Deutschen Sportkonferenz den gemeinnützigen Turn- und Sportvereinen die Spendenbescheinigungskonmpetenz einzuräumen?

52. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Hindernisse stehen einer Verwirklichung entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

53. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Handelsblatt vom 14. Juni 1976 zitierte Untersuchung über die Strompreise in der Bundesrepublik Deutschland und die Feststellung, daß die „Bundesrepublik die höchsten Strompreise" hat, und welche Folgerungen zieht sie hieraus für ihre Energiepolitik?

54. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welches sind zur Zeit die Erzeugungskosten für Strom aus deutscher Steinkohle, Importkohle, Braunkohle, Öl, Erdgas und Kernenergie betriebswirtschaftlich gerechnet und unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Kosten für die einzelnen Energiequellen?

55. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Treffen Pressemitteilungen zu, daß von den zuständigen Ressorts der Bundesregierung z. Z. Überlegungen angestellt werden, wie der übertriebenen Expansion von „Supermärkten auf der grünen Wiese" Einhalt geboten werden kann, und wie weit sind gegebenenfalls diese Überlegungen bisher gediehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der veröffentlichten Einkommensprognose für die deutsche Landwirtschaft der „Land-DATA" für das Wirtschaftsjahr 1975/1976, die mit + 10,4% erheblich von der Einkommensprognose der Bundesregierung von + 19% abweicht?

57. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Rechnet die Bundesregierung im Wirtschaftsjahr 1976/1977 für die deutsche Landwirtschaft mit keiner Einkommenssteigerung, sondern eher mit einer Einkommensverschlechterung, wie das aus Aussagen des Deutschen Bauernverbands ersichtlich ist?

58. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung nach der Einführung der Heizölkennzeichnung an, um zu einer Vereinfachung des Gasölverbilligungsverfahrens für die Landwirtschaft zu kommen?

59. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie entwickelte sich der Gasölverbrauch in der Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren, und welche Schwierigkeiten tauchten mit der Umstellung auf das „Vorauszahlungssystem" auf?

60. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zum Schutze des Walnußbaumbestands zu ergreifen in Anbetracht der zunehmenden Verwendung der paarhufigen provencialischen Schwanzwipper als Haustier?

61. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vordringen des paarhufigen Schwanzwippers in Anbetracht der in den letzten Jahren aufgetretenen Versorgungsengpässe bei Walnüssen, und welche Folgerungen wird sie aus ihren Erkenntnissen ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

62. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der Entwicklung und Vorführung von Schachprogrammen durch die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) einen Beitrag zu den Aufgaben, die die GMD in Orientierung an den Bedürfnissen der Datenverarbeitungshersteller und der Unterstützung der öffentlichen Hand bei der Einführung der Datenverarbeitung erfüllen soll?

63. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Durch welche konkreten Maßnahmen wird sichergestellt, daß die GMD ihre Arbeit beständig an den Anforderungen der Industrie und der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer der Aufgabenstellung entsprechenden Mittelverwendung ausrichtet?

64. Abgeordnete **Frau Dr. Rehlen** (SPD)

In welcher Weise trägt das Bundesministerium für Forschung und Technologie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der mittleren und kleinen Unternehmen bei?

65. Abgeordnete **Frau Dr. Rehlen** (SPD)

Wie hoch waren die Aufwendungen für die Forschungsförderung von mittleren und kleinen Betrieben in den vergangenen beiden Jahren?

66. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie im Dezember 1975 im Forschungsbericht DV 75/07 ausgedrückte Zielsetzung bei der Förderung der DV-Ausbildung im 3. DV-Programm wie überhaupt in der Förderungspraxis der Bundesregierung keinen Niederschlag gefunden hat, wie die Arbeitsgemeinschaft der DV-Bildungszentren (ADVB) festgestellt hat, und wenn ja, welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür?

67. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Gelten für die Bundesregierung auch in Zukunft die bisherigen Annahmen, daß auch unterhalb des Hochschulabschlusses ein erheblicher Bedarf an gut ausgebildeten DV-Fachkräften bestehen wird, und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

68. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, der Bundeskanzler habe vor der Verlegung von Behörden nach Berlin gewarnt, weil dadurch „die volle wirtschaftliche Vitalisierung dieser Stadt" gestört würde, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls erläutern, wie es zu einer derartigen Folgewirkung kommen kann?

69. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundeskanzler anläßlich einer Sitzung der SPD-Fraktion am 22. Juni 1976 in Berlin erklärt haben soll, daß weitere Bundesbehörden nicht in Berlin errichtet werden sollen?

70. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls nicht die Gefahr, daß die Worte des Bundeskanzlers als Verzicht auf unseren grundsätzlichen Anspruch nach dem Vier-Mächte-Abkommen, Behörden des Bundes auch in Berlin zu errichten, von der Sowjetunion mißdeutet werden könnten?

71. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Welche Beträge aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit und zu welchen Zwecken im einzelnen hat die Bundesregierung bisher im Inland bzw. im Ausland aufgewendet, um der irreführenden oder sogar verleumderischen Propaganda über angebliche Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland überzeugend und mit der gebotenen Breitenwirkung entgegenzutreten?

72. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Zu welchen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen (Inserate, Flugblätter o. ä.) zur Aufklärung über die wirklichen historischen, rechtlichen und politischen Gründe für die Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst ist die Bundesregierung bereit angesichts der Tatsache, daß sogar ihr eigenes Presse- und Informationsamt zu der Feststellung kommt, selbst zahlreichen Berichterstattern in den Medien seien diese Gründe nicht bekannt?

73. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Mittel der Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland hat die Bundesregierung eingesetzt bzw. gedenkt sie einzusetzen, um insbesondere im Hinblick auf die kommunistisch gesteuerten „Berufsverbotskampagnen" die grundsätzliche Notwendigkeit der Nichteinstellung von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst sowie die rechtlichen Grundlagen hierfür zu erläutern, damit die Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland, sowie die Herabsetzung des Rechtsstaats in der inländischen öffentlichen Meinung verhindert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

74. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der in Kraft getretenen Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen und auf Grund der feierlichen politischen Erklärungen in der Schlußakte von Helsinki in jedem Einzelfall eines Begehrens nach Familienzusammenführung zugunsten von Deutschen aus der Sowjetunion bei der Regierung der UdSSR dann zu intervenieren, wenn diese Anträge auf Ausreise nicht genehmigt werden?

75. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Sind im Vollzug der Schlußakte von Helsinki in einem gemeinsamen wissenschaftlichen und kulturellen Forum die Fragen der Massenvertreibung, die Sicherung der Selbstbestimmung und des Rechts auf die Heimat und die Fragen der Volksgruppenrechte mit Vertretern unserer osteuropäischen Nachbarn erörtert worden, oder sollen diese Fragen in Zukunft auf solch einem Forum im Sinn der Schlußakte von Helsinki erörtert werden?

76. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung unter Bezug auf das Protokoll über die Aussiedlung vom 9. Oktober 1975 gegenüber der polnischen Regierung zu tun, wenn Aussiedler zwar die Ausreisegenehmigung erhalten, diese aber die Ausreise nicht antreten können, weil sich der polnische Staat weigert, landwirtschaftlichen Besitz zu übernehmen und eine Veräußerung an Privateigentümer nicht möglich ist?

77. Abgeordneter **Krall** (FDP)

Welche Gründe haben dazu geführt, daß der bereits 1974 vereinbarte Austausch von Militär-Attaché-Stäben zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bis heute noch nicht durchgeführt worden ist?

78. Abgeordneter **Krall** (FDP)

Ist im Fall einer weiteren Verzögerung des Austauschs von Militär-Attaché-Stäben zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion eine Übergangs- oder Teillösung möglich?

79. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Aussiedler aus dem polnischen Verwaltungs- und Staatsgebiet nach jahrelangen Bemühungen die Ausreisegenehmigung erst dann erhalten, wenn sie nach Aufforderung durch die polnischen Behörden ihre Volkszugehörigkeit mit „polnisch" angeben und einen polnischen Reisepaß ohne Entlassung aus der Staatsangehörigkeit mit der Aufforderung erhalten, diesen in einen „Konsularpaß" nach Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland umzuwandeln?

80. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Schließung des German Information Center zu Anfang 1977 beschlossen hat, und wenn ja, ist dies eine Folge der Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland, oder welche sonstigen Gründe haben die Bundesregierung zu diesem Schritt veranlaßt?

81. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die durch die Schließung des German Information Center eintretende Erschwernis der Öffentlichkeitsarbeit in den USA mit

all den nachteiligen Folgen für die Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland und die rasche Korrektur unzutreffender oder einseitiger Darstellungen in den hauptsächlich in New York ansässigen Massenmedien der USA ausgleichen?

82. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Abschluß eines Kulturabkommens mit dem Iran Forderungen hinsichtlich der Beachtung der Menschenrechte im Iran zu stellen?

83. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen von amnesty international zu unterstützen, unabhängige Beobachter zu politischen Prozessen in den Iran zu entsenden, was von der iranischen Regierung seit 1972 abgelehnt wird?

84. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Form und welche Trägerschaft beabsichtigt die Bundesregierung auf deutscher Seite in Vorschlag zu bringen, um die während des Besuchs des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gierek, in der Bundesrepublik Deutschland vereinbarten jährlichen deutsch-polnischen Konferenzen zu verwirklichen?

85. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Kann und wird die Bundesregierung veranlassen, daß die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz im Bulletin der Bundesregierung oder aber im Rahmen der Wochenzeitung „Das Parlament" veröffentlicht werden, damit sich nicht nur die Fachwelt und die Kultusbehörden auf allen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch weitere Schichten der Bevölkerung mit dem Inhalt dieser Empfehlungen vertraut machen können?

86. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Menschenrechtsbegriff in Prinzip VII des ersten Teils der KSZE-Schlußakte von Helsinki die freiheitlich-individuelle Menschenrechtsauffassung der Bundesrepublik Deutschland und der anderen Staaten der freien Welt stützt und nicht die kollektivistische Menschrechtstheorie der sozialistischen Ostblockstaaten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

87. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in irgendeiner Form nach der „Gipfelkonferenz" von Rambouillet den dort nicht vertretenen sogenannten kleineren Mitgliedstaaten der EG oder dem Ministerrat der EG oder der Kommission direkt oder indirekt zugesagt oder in Aussicht gestellt, daß sie sich nicht an einer Wiederholung der Einladungs- und Teilnahmeprozeduren für vergleichbare Konferenzen beteiligen wer-

de, sofern ihre Tagesordnung Themen berührt, die auch in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften fallen?

88. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Erfahrungen europäischer Siedler im benachbarten Angola, Leben und Eigentum der im Mandatsgebiet Namibia lebenden Deutschen zu schützen, oder welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über das weitere Schicksal dieser Volksgruppe im Fall der Unabhängigkeit des Landes?

89. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung den Standpunkt, daß die vertriebenen Deutschen einen unabdingbaren Anspruch auf Rückerstattung des ihnen widerrechtlich geraubten privaten und öffentlichen Eigentums haben, und ist sie gewillt, diesen in verschiedenen UNO-Resolutionen anderen vertriebenen Völkern und Volksgruppen zuerkannten Anspruch grundsätzlich auch für die Ost- und Sudetendeutschen zu vertreten?

90. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine wissenschaftlich genaue Erfassung des verlorenen Privat- und Volksvermögens der ost- und sudetendeutschen Stämme und Volksgruppen zu erarbeiten, um den staatlichen und überstaatlichen Stellen, die sich künftig mit diesem Sachverhalt zu beschäftigen haben, genaue Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

91. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist das Auswärtige Amt bereit, noch in viel mehr Fällen für die Ausreise deutscher Staatsangehöriger bei den polnischen Behörden im Sinne der in der Verfassung verankerten Schutzpflicht zu intervenieren, wenn — wie das Auswärtige Amt in der Fragestunde bestätigte — „Interventionsfälle vorrangig erledigt werden", und hat das Auswärtige Amt für diese Vermehrung der Interventionen die nötigen organisatorischen Vorkehrungen getroffen sowie die Erörterung dieses Themas auf der Konferenz der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den Ostblockstaaten vorgesehen?

92. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche diplomatischen Schritte hat die Bundesregierung innerhalb der letzten 15 Monate bei der Regierung der Volksrepublik Polen im Sinne der grundgesetzlich aufgegebenen Schutzpflicht unternommen, um die Diskriminierung der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten in ihren muttersprachlichen und kulturellen Grundrechten zu beenden, und welches ist das Ergebnis dieser diplomatischen Schritte?

93. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem kürzlichen Besuch des polnischen Parteichefs Edward Gierek in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Beteiligung von polnischen Journalisten, die sich um die deutsch-polnische Verständigung bemüht haben, gegenüber der polnischen Regierung Wünsche geäußert, und trifft es zu, daß sich unter den etwa 60 journalistischen Begleitern des polnischen Parteichefs bei dessen Besuch kein einziger Vertreter der um die deutsch-polnische Verständigung besonders verdienten katholischen Zeitschriften und Zeitungen (z. B. Tygodnik Powszechny — vgl. die autorisierten Interviews dieser Wochenzeitung mit Dr. Richard von Weizsäcker und Willy Brandt —, Wiez, Znak) befand?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

War die Ständige Vertretung in Ost-Berlin in diesem Jahr zum 17. Juni 1976 wieder nicht beflaggt, und wenn ja, aus welchen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

In welcher Form ist es der Bundesregierung möglich, den jetzt vor allem in den Asean-Staaten eintreffenden vereinzelten Indochina-Flüchtlingen, die durchweg in Ländern Ostasiens keine Aufnahme mehr finden, bei der Suche nach einer neuen Heimat zu helfen?

3. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Stationierungsstreitkräfte einzuwirken, daß bei Verstößen gegen das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut rechtzeitig und wirksam vorgegangen wird, insbesondere dann, wenn es sich um besonders schwere Delikte, wie z. B. Mord, handelt?

4. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjets der Bundesregierung vorwerfen, sie verletze ihre gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts übernommenen Verpflichtungen, wenn sie Radio Free Europe und Radio Liberty auf deutschem Boden duldet, und um welche Verpflichtungen handelt es sich gegebenenfalls dabei?

5. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Hat die sowjetische Regierung auch die Bundesregierung unmittelbar — wie den Senat von Berlin — davon unterrichtet, daß die Sowjetunion sich an den Berliner Festwochen beteiligen will, und ist — falls dies nicht der Fall ist — die Kontaktaufnahme mit nur einem Gesellschafter der veranstaltenden GmbH ein weiterer sowjetischer Vorstoß gegen die Bindungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin?

6. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Bemüht sich die Bundesregierung um die Ratifikation der Europäischen Konsularkonvention durch die Vertragsstaaten, und wie ist das bisherige Ergebnis der Bemühungen?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß seit dem letzten Parteitag der SED die Pressionsversuche der DDR, der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen auf die Bundesrepublik Deutschland verstärkt werden, die innerdeutsche Teilung durch völkerrechtliche Anerkennung der DDR als eines von Deutschland unabhängigen souveränen deutschen Staates seitens der Bundesrepublik Deutschland zu vertiefen?

8. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche Auslandsinstitute des Goethe-Instituts sind in den letzten 12 Monaten geschlossen worden, und welche Auslandsinstitute werden im Jahr 1976 und 1977 geschlossen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

An welchen Flughäfen sind noch keine Lärmschutzzonen für Entschädigungszahlungen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm ausgewiesen?

10. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in den letzten Jahren die der Polizei angezeigten Straftaten um 7,1% bzw. 6,5% zugenommen haben, daß überdies viele Diebstähle wegen der geringen Aufklärungsquoten gar nicht mehr angezeigt werden, der Bundesinnenminister und der Präsident des Bundeskriminalamts schließlich auf die um ein Mehrfaches größere tatsächliche Kriminalität hinweisen (8 Millionen Straftaten im Jahr gegenüber 3 Millionen angezeigten), und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung damit ihre Antwort auf meine Frage (Drucksache 7/5290 B 15), sie könne nicht bestätigen, daß die Kriminalität stark ansteige?

11. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Weisungen bestehen für die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes für die Fälle, in denen die „DDR" auf Bundesgebiet vordringt, und wie werden dabei verübte Straftaten verhindert und geahndet?

12. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Großtest in Nordrhein-Westfalen ergeben hat, daß die Autofahrer an bestimmten Tankstellen immer noch damit rechnen müssen, Benzin verkauft zu erhalten, das nicht den gestiegenen Qualitätsanforderungen genügt, und was wird sie unternehmen, um, gegebenenfalls zusammen mit den Ländern, sicherzustellen, daß überall die Qualitätsvorschriften eingehalten werden?

13. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Welche Möglichkeiten des Einschreitens gegen Unternehmen, die Benzin minderer als zulässiger Qualität verkaufen, gibt es, und wird die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich dafür eintreten, daß diese Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden?

14. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

In welcher Höhe und zu welchen besonderen Bedingungen bzw. zu welchen Zwecken hat die Bundersegierung aus Haushaltsmitteln in den Jahren 1975 und 1976 dem Land Rheinland-Pfalz für den Aufbau, für die Ausstattung des Katastrophenschutzes und für die Ausbildung der Einsatzkräfte Zuweisungen zur Verfügung gestellt?

15. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie hoch ist der prozentuale und der absolute Anteil, den das Land Rheinland-Pfalz für Aufgaben des Katastrophenschutzes zusätzlich zu den Zuwendungen des Bundes verpflichtet ist, in den Jahren 1975 und 1976 als Komplementärmittel einzusetzen?

16. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Mittel stehen nach dem ERP-Wirtschaftsplangesetz 1976 für Abwasserreinigungsanlagen im Jahr 1976 zur Verfügung, und wie sollen sie verteilt werden?

17. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Mittel aus dem 5-Jahres-Programm des Bundes zur Sanierung von Rhein und Bodensee stehen im Jahr 1976 für Sanierungsmaßnahmen des Bodensees zur Verfügung, und wie sollen sie eingesetzt werden?

18. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie oft sind im letzten und in diesem Jahr Angehörige der DDR-Grenzorgane in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingedrungen, und wie ist von Seiten der Bundesregierung auf solche Grenzverletzungen reagiert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Welche Belastungen hat der deutsche Steuerzahler auf Grund der im Gespräch befindlichen weltweiten Finanzhilfe für Italien möglicherweise zu erwarten, und von welchen Mindestvoraussetzungen, die Italien zu erfüllen hätte, wird die Bundesregierung ihre Beteiligung abhängig machen?

20. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der deutsch-niederländische Grenzübergang Herzogenrath—Kerkrade (Eygelshover Straße), den im Monat durchschnittlich 80 000 Personen und täglich 14 Linienbusse passieren, anläßlich

der Eröffnung des neuen Grenzübergangs Herzogenrath (Merkstein)—Kerkrade geschlossen werden soll, und daß dadurch der betroffenen Bevölkerung beiderseits der Grenze auf Grund der ungünstigen Verkehrslage zu den Betrieben und Wohngebieten erhebliche Nachteile entstehen werden, und was will die Bundesregierung tun, um den bestehenden Grenzübergang, der im Gegensatz zu dem neu eröffneten Übergang alle Grenzabfertigungsanlagen besitzt und der sich durch lange Jahre der Beziehungen zwischen den Nachbarstädten Kerkrade und Herzogenrath als idealer Übergang für alle Pendler und Grenzgänger erwiesen hat, weiterhin als Dauerübergang erhalten bleibt, damit den Bedürfnissen der Bewohner beiderseits der Grenze Rechnung getragen wird?

21. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Welche steuerlichen oder finanziellen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen der anhaltenden Trockenheit in bestimmten Regionen der Bundesrepublik Deutschland, z. B. in Rheinland-Pfalz, für Landwirte und Verbraucher so gering wie möglich zu halten?

22. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit Bundesbürger aus Guthaben in der DDR monatlich ihnen zustehende Zahlungen wirklich erhalten, ohne daß die Auszahlungen aus von dem einzelnen Bundesbürger nicht zu vertretenen Gründen so lange verzögert werden, bis sich das entsprechende Guthaben in der Bundesrepublik Deutschland durch Steuerabschreibungen selbst aufgezehrt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

23. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Tatsache, daß die nach Frankreich exportierenden mittelständischen Unternehmen, die bisher die französische Sprache im Wirtschaftsverkehr nicht verwandt haben, weil sie z. B. ins Elsaß exportierten, nunmehr ab 1. Januar 1977 im Wirtschaftsverkehr die französische Sprache benutzt werden muß, sowohl ihre sämtlichen Prospekte, Angebote, Auftragsbestätigungen, Rechnungen, Gebrauchsanweisungen, Garantiezusagen usw. zusätzlich in französischer Sprache drucken lassen als auch zusätzlich Fremdsprachenkorrespondenten beschäftigen müssen, was für einzelne Firmen, bei denen der durchschnittliche Umsatzanteil des Frankreichexportes bei 10% liegt, eine erhebliche

wirtschaftliche Belastung in diesem Sektor bedeutet, mit der Feststellung in ihrer Antwort zu meiner Frage vom 2. Juni 1976 (Frage 25 Drucksache 7/5263 Teil B), sie erwarte keine wesentlichen Auswirkungen des neuen Gesetzes, auch nicht für die mittelständische Exportwirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der Welternährungsorganisation (FAO) ein neuer Fonds geschaffen werden soll, mit dessen Hilfe bisher durch andere Instanzen kontrollierte Aufgaben dieser Kontrolle entzogen werden sollen, und von welchen Erwägungen geht die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung in dieser Frage aus, wird sie insbesondere den Aufwand berücksichtigen, den der neue Generaldirektor hinsichtlich seines Dienstraums treibt?

25. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Bundesverbands der Raiffeisen-Warengenossenschaften zu einer Verbesserung des Denaturierungsverfahrens für Magermilchpulver zur Verfütterung, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Verbesserungsvorschläge für das gesamte Problem „Kautionsregelung-Magermilchpulverbeimischung" der EG-Kommission vorzulegen?

26. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Kann die Wirtschaft nach Meinung der Bundesregierung sicher damit rechnen, daß die Kautionsregelung für Eiweißfuttermittel wie vorgesehen am 31. Oktober 1976 beendet wird, und wie soll der Übergang geregelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

27. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Prozedur von Entlassungen infolge der Sozialgesetzgebung so aufreibend geworden ist, daß die Unternehmensleitungen es — mit Billigung der Gewerkschaftsvertreter in deren Betriebsräten — vorziehen, Überstunden machen zu lassen und zu bezahlen, statt neues Personal anzuwerben — wie aus Industriekreisen verlautet —, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

28. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über gesicherte Erkenntnisse über die Verschiebung der Belastungen der Arbeitnehmer in der Produktions- und Verwaltungsarbeit von physischer zu psychischer Belastung, und was wird sie unternehmen, um das Arbeitsschutzrecht dieser Entwicklung anzupassen?

29. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit und Möglichkeit, das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu novellieren, um die Arbeitspsychologen den Betriebsärzten gleichzustellen?

30. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung in der Informationsschrift „Soziale Sicherung — ein ganzes Leben lang" im Abschnitt Krankenversicherung auf die Befreiungsmöglichkeiten auf Grund des Bestehens eines privaten Krankenversicherungsschutzes nicht hingewiesen?

31. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in künftige Informationsschriften eine derartige Information aufzunehmen?

32. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Errichtung von Kliniken, auch privater Träger, zum Zwecke der Krebsvorsorge, Krebsbehandlung und Krebsnachbehandlung fördern und dafür Sorge tragen, daß die Sozialleistungsträger die dazu notwendigen Verträge abschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat der Bundesverteidigungsminister in seiner Rechtsverordnung vom 22. Januar 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 234) Bezirkspersonalräte nicht bei weiteren militärischen Dienststellen auf der Ebene von Mittelbehörden vorgesehen, z. B. bei den Korps, dem Luftflotten- und dem Flottenkommando, dem Streitkräfteamt, dem Personalstammamt sowie den Ämtern für Sicherheit und für Fernmeldewesen der Bundeswehr?

34. Abgeordneter **Christ** (FDP)

Gegen wie viele Wehrpflichtige, die von den Prüfungsausschüssen nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden sind und den Dienst mit der Waffe bei der Bundeswehr unter Berufung auf ihre Überzeugung verweigert haben, sind nach Kenntnis der Bundesregierung Gerichtsverfahren z. Z. anhängig?

35. Abgeordneter **Christ** (FDP)

Wie hoch ist die Zahl dieser Wehrpflichtigen, die rechtskräftig verurteilt und derzeit inhaftiert sind?

36. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es eine „Förderliste" mit den Namen aller der SPD angehörenden mittleren und höheren Beamten der einzelnen Bundesministerien gab oder gibt, die — wie „Die Welt" vom 19. Juni 1976 meldete — aus dem Panzerschrank des Ministerialdirektors Laabs verschwunden ist, und wenn ja, welchen Zwekken diente diese Liste?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

37. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf eine Regelung hinzuwirken, die es erlaubt, 100% Erwerbsunfähigen, die voll auf fremde Hilfe angewiesen sind, ebenfalls wie den Blinden das Pflegegeld ohne Einkommens- und Vermögensbegrenzung zu gewähren?

38. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Möglichkeit, ebenso wie bei den Blinden die Rückzahlungsverpflichtung des Pflegegelds aus dem Gesetz zu streichen, weil gerade dadurch bei dem Personenkreis der Schwerstbehinderten die Neigung besteht, lieber auf das notwendige Pflegegeld zu verzichten, als die eigenen Familienangehörigen über den Todesfall hinaus mit Rückzahlungsforderungen der öffentlichen Hand zu belasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

39. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, nach denen die Deutsche Bundesbahn die Absicht hat, nach der Auflösung der Generalvertretung im Jahr 1974 nun auch das Betriebsamt Emden aufzulösen und die bisherigen Aufgaben von einem anderen Betriebsamt außerhalb Ostfrieslands wahrnehmen zu lassen?

40. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung durch diese Maßnahme nicht die Gefahr einer weiteren Schwächung des Wirtschaftsraums Ostfriesland, und ist sie nicht mit mir der Auffassung, daß im Hinblick auf den geplanten Ausbau des Dollarthafens die Aufgaben der Deutschen Bundesbahn in Ostfriesland künftig nicht weniger sondern mehr werden, und darum eine Auflösung des Betriebsamts Emden unter allen Umständen verhindert werden sollte?

41. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der Berechnung der Kapazitätsauslastung von einzelnen Bundesbahnstrecken lediglich die an den Bahnschaltern verkauften Fahrkarten berücksichtigt und nicht diejenigen, die von den Reisebüros verkauft werden?

42. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die Bundesbahnstrecke Köln — Euskirchen — Jünkerath — Trier in absehbarer Zeit von Stillegungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn nicht betroffen wird?

43. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wann kann, nachdem das Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen überarbeitet worden ist, definitiv mit dem Baubeginn des zweispurigen Ausbaus der A 1 von Wißkirchen bis Blankenheim gerechnet werden, und welche finanziellen Mittel sind im einzelnen für die nächsten Jahre dafür bereitgestellt?

44. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Trifft es zu, daß die Straßenbauverwaltung des Regierungspräsidiums Karlsruhe die Planung der B 36 — B 3 ab Einfädelung der B 462 in Richtung Süden jetzt, unter der Voraussetzung einer Einigung der Gemeinden Durmersheim, Bietigheim und Ötigheim auf eine Ostumgehung, in Angriff genommen hat, und kann die Bundesregierung darüber informieren, ob zur Entlastung der Ortsdurchfahrt der B 36 — B 3 durch Rastatt eine Westumgehung geplant ist?

45. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird bei der künftigen Planung einer Umgehung Rastatts sichergestellt, daß der beteiligte Verkehrsträger Deutsche Bundesbahn sowohl planerisch wie finanziell schon deshalb eingeschaltet wird, weil die Bundesbahnunterführung in Rastatt-Nord nadelöhrförmig zweispurig verläuft und zugleich auch der für Unterführungen vorgeschriebenen Höhe nicht entspricht?

46. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Ausbau der B 13 im Bereich München (Ingolstädter Straße) fördern, und wann ist mit diesem Ausbau zu rechnen?

47. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister in diesem Jahr über den Standort des Rangierbahnhofs München-Nord nicht mehr entscheiden wird, und wenn ja, warum nicht?

48. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wann ist nunmehr damit zu rechnen, daß die zerfallenen Schuppen- und Toilettenanlagen auf dem Bahnhofsgelände am Ortseingang der Fremdenverkehrsstadt Bad Marienberg abgerissen werden?

49. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Wann wird nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der Bundesregierung mit dem Bau des Abschnitts der Bundesautobahn begonnen werden können, der die heutige B 18 zwischen der baden-württembergischen Landesgrenze bei Ferthofen und Leutkirch-Tautenhofen ersetzen soll, und rechnet die Bundesregierung mit weiteren Verschiebungen dieses Termins für den Baubeginn?
50. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die vielfach geäußerte Forderung, in Speisewagen das Rauchen grundsätzlich zu verbieten oder Nichtrauchern gesonderte Abteile zur Verfügung zu stellen?
51. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen kann und wird die Bundesregierung ergreifen, um die DSG als Tochterunternehmen der Deutschen Bundesbahn zu veranlassen, solche Nichtraucherplätze für Speisewagenbenutzer zur Verfügung zu stellen?
52. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Warum sind die Grünflächen der Bundesautobahn Bonn—Meckenheimer Kreuz (km 17,2 bis km 23,2) in diesem Jahr zur Unzeit mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt worden, so daß diese Pflanzen nicht angewachsen sind und die Ausfälle nun zu Lasten des Steuerzahlers gehen?
53. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die eingetretenen Ausfälle bei verpfahlten und bei nicht verpfahlten Pflanzen, und welche Kosten werden durch die Nachbesetzung entstehen?
54. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Bedeutet die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage Nr. 55 vom 18. Juni 1976, Drucksache 7/5404, daß Bewohner an einer im Jahr 1970 fertiggestellten Bundesautobahn auf Dauer dem Autobahnlärm ohne Schutzvorrichtung ausgesetzt sein werden, während Anwohner an Autobahnen, die nach dem 1. April 1974 fertiggestellt wurden, der gleiche Lärm auf Kosten des Staates durch Lärmschutzvorrichtungen weitgehend gemindert wird?
55. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß sich der erste Bauabschnitt der innerörtlichen Umgehung für die B 9 in Boppard mit Bahnunterführung und Gleisstellwerk, die den Nordteil mit dem Südteil der Stadt verbinden soll, bis Ende 1978 hinziehen soll?
56. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)	Wann wird mit dem Bau der geplanten innerörtlichen Entlastungsstraße und Fußgängerunterführung in Boppard begonnen, und wann soll dieses Projekt fertig sein, da die jetzige Verkehrssituation bei nur teilweiser Durchführung des 1. Bauabschnitts sehr belastend und unfallträchtig ist?

57. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Veröffentlichungen über das Verhalten der Verkehrsteilnehmer bei Stauungen im Straßenverkehr, insbesondere auf den Autobahnen (Reißverschluß-System) in der Fernseh-Sendung „Der 7. Sinn" vom 26. März 1976 und in der ADAC-Motorwelt vom Juni 1976 bekannt und ist sie für den Fall, daß sie die dort gegebenen Empfehlungen für unzutreffend oder für mißverständlich hält, bereit, die Verkehrsteilnehmer in geeigneter Form über das richtige Fahrverhalten bei Kolonnenbildung zu unterrichten, damit bei dem bevorstehenden starken Reiseverkehr Stauungen vermieden oder wenigsten gemildert werden?

58. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist es richtig, daß sich die Anzahl von Belegfehlleitungen für Gutschriften und Lastschriften auf Postscheckkonten erhöht hat, und welche Maßnahmen können gegebenenfalls ergriffen werden, um eine Normalisierung zu erreichen?

59. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Vorschlag der Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft bekannt, nach dem die rund 4000 zur Zeit ungenutzten Ausbildungsplätze bei den Fernmeldeämtern der Deutschen Bundespost noch in diesem Jahr unbürokratisch und schnell den Schulabgängern 1976 zur Verfügung gestellt werden sollen, und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorschlag aufzugreifen?

60. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Zugang zum Postzeitungsdienst grundsätzlich auch Sportvereinen und Sportverbänden offensteht, daß die einschränkenden Bestimmungen der Postzeitungsordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen die Zulassung zum Postzeitungsdienst aber auch darüber hinaus von drucktechnischen Bedingungen abhängig machen (Erscheinungsbild einer Schreibmaschinenschrift als Verhinderungsgrund), die den Ausschluß zahlreicher Vereinszeitschriften vom Postzeitungsdienst bedeuten, und ist die Bundesregierung bereit, auf eine Änderung der Postzeitungsordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen hinzuwirken, die auch den Vereinszeitschriften den Zugang zum Postzeitungsdienst eröffnet, die mit dem Erscheinungsbild einer Schreibmaschinenschrift hergestellt werden?

61. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß einseitig einer einzigen Behörde, nämlich der Deutschen Bundespost, die beantragten und berechtigten Planstellen aus der Funktionsgruppenverordnung in der Fassung vom 30. April 1974 vorenthalten werden, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies

für richtig und vertretbar, und was gedenkt sie zu tun, um die Ingenieure der Deutschen Bundespost entsprechend den Bestimmungen der Funktionsgruppenverordnung und der durch die Deutsche Bundespost ausgewiesenen tätigkeitsgerechten Wertigkeiten ihrer Arbeitsplätze zu befördern?

62. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welcher Einnahmeverlust ist der Deutschen Bundespost bzw. der Deutschen Postreklame GmbH durch den Wegfall der Werbeanzeigen am Kopf der Deckelseite der Amtlichen Fernsprechbücher und der Branchen-Fernsprechbücher entstanden, und wer hat das veranlaßt?

63. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welcher Nutzen steht dem finanziellen Schaden gegenüber, und erschöpft sich der Nutzen in dem Wert der Gleichschaltung aller Fernsprechbücher?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

64. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß dem musikwissenschaftlichen Institut der Frankfurter Universität für eine seit Monaten vorbereitete und angemeldete wissenschaftliche Exkursion zu den mitteldeutschen Bach-Stätten die Einreisegenehmigung ohne Angabe von Gründen verweigert wurde, und daß von seiten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen auf eine entsprechende Information hin nicht die geringste Reaktion erfolgte, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung auf dieses neuerliche den Grundvertrag und die Vereinbarungen von Helsinki verletzende Verhalten Ost-Berlins reagieren?

65. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung dagegen getroffen, daß die DDR-Grenztruppen weiterhin ein gegen die in Artikel 1 des innerdeutschen Grundlagenvertrags niedergelegte Pflicht zu gutnachbarlichem Verhalten verstoßendes feindseliges Verhalten an den Tag legen, wie es jüngst bei dem Vorfall an der Zonengrenze bei Eschwege der Fall war?

66. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Ostberliner Regime politische Gegner genauso wie die Sowjets in Nervenheilanstalten sperrt, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung gegen diese Menschenrechtsverletzung unternommen?

67. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um auf Ost-Berlin mit dem Ziel einzuwirken, daß die herabgewirtschafteten Gleisanlagen der Sowjetzonen-Reichsbahn in einen Unfälle ausschließenden Zustand gebracht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

68. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach Staatssekretär Haunschild vom Bundesministerium für Forschung und Technologie am 5. Mai 1976 in einem Gespräch mit Vertretern der dänischen Atomenergiekommission die Möglichkeit offengelassen hat, daß die Bundesrepublik Deutschland die Wiederaufbereitung von Kernenergiebrennstoffen und die Lagerung radioaktiver Stoffe für andere europäische Länder übernehmen könnte, bzw. welche Erklärungen haben die Vertreter des Bundesministeriums zu dieser Frage im einzelnen abgegeben?

69. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland für andere Staaten keine Wiederaufbereitung oder Lagerung von Brennelementen oder radioaktiven Stoffen übernehmen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

70. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft es einerseits abgelehnt hat, dem Landeselternrat der Gesamtschulen Nordrhein-Westfalen eine finanzielle Förderung für dessen Stellungnahme zu Gesamtschulversuchen (LER-Dokumentation) zu gewähren, andererseits aber nunmehr in seinem Faltblatt Zwischenbilanz Gesamtschulen jedem Interessenten den Bezug eines Nachdrucks des Dokumentationsmanuskripts für 2 DM anbietet?

71. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Trifft es weiter zu, daß der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft weder die urheberrechtliche Genehmigung für die Vervielfältigung besitzt noch sich mit den Autoren über die Art der Wiedergabe sowie über die finanziellen Bedingungen verständigt hat, und was gedenkt die Bundesregierung zur Wahrung der Urheberrechte zu tun?

72. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Wie viele Studienbewerber des Fachs Medizin haben im Wintersemester 1975/1976 und im Sommersemester 1976 außerhalb des Verfahrens der ZVS Dortmund einen Studienplatz dadurch erhalten, daß sie diesen vor den Verwaltungsgerichten mit der Begründung nicht ausgelasteter Kapazitäten eingeklagt haben, und hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß diese Studienbewerber auf diese Weise kurzfristig einen Studienplatz erhalten, während andere über die Leistungs- und Warteliste der ZVS oft jahrelang warten müssen?

Bonn, den 25. Juni 1976